

Volks-Zeitung

Dreihundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 524.

Halle, Freitag, den 7. November.

1910.

Alarmbereitschaft in Berlin.

Die Vorsichtsmaßnahmen des Reichwehrkommandos in Berlin. — Bisher 60 Verhaftungen.

Die Reichswehr in Bereitschaft.

Berlin, 7. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) In ein gewichteten Kreisen nimmt man an, daß die Streikbewegung in der Erde erreicht hat. ...

Großfeuer in einer Berliner Kaserne.

Berlin, 7. November. (Eigene Drahtnachricht.) Heute vormittag kurz nach 8 Uhr brach in der alten Kaserne des Kaiser Franz-Garde-Regiments ein Schadenfeuer aus, das sehr schnell gewaltig ...

Hamburg ohne Gas.

Hamburg, 7. November. (Eigene Drahtnachricht.) Die Gasversorgung Hamburgs befindet sich in einer verzweifelten Lage. Wenn im Laufe des heutigen Tages die Kessel ausbleiben, dann wird Hamburg morgen ohne Gas sein.

Aus dem Untersuchungsausschuß.

Berlin, 7. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Der Beginn der heutigen Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses verzögerte sich um mehr als eine halbe Stunde, da die Mitglieder des Ausschusses zunächst eine vertrauliche Besprechung über den weiteren Geschäftsplan abhielten. ...

Ludendorff, fordern von Staatssekretär Zimmermann. Der hatte mich gebeten, auf den Grafen Reventlow einzuzwirken, er möchte in dieser Zeit nicht in aller Öffentlichkeit den U-Boot-Krieg agitierten. ...

Abg. Gothein: Die Zeitung wagt es, die Marinefragen hat nach der geistigen Ausgabe nicht dem Admiralstab, sondern bei der Marinerverwaltung gelegen. ...

Abg. Gothein: Die Zeitung wagt es, die Marinefragen hat nach der geistigen Ausgabe nicht dem Admiralstab, sondern bei der Marinerverwaltung gelegen. ...

Abg. Gothein: Die Zeitung wagt es, die Marinefragen hat nach der geistigen Ausgabe nicht dem Admiralstab, sondern bei der Marinerverwaltung gelegen. ...

Abg. Gothein: Die Zeitung wagt es, die Marinefragen hat nach der geistigen Ausgabe nicht dem Admiralstab, sondern bei der Marinerverwaltung gelegen. ...

Abg. Gothein: Die Zeitung wagt es, die Marinefragen hat nach der geistigen Ausgabe nicht dem Admiralstab, sondern bei der Marinerverwaltung gelegen. ...

Abg. Gothein: Die Zeitung wagt es, die Marinefragen hat nach der geistigen Ausgabe nicht dem Admiralstab, sondern bei der Marinerverwaltung gelegen. ...

Abg. Gothein: Die Zeitung wagt es, die Marinefragen hat nach der geistigen Ausgabe nicht dem Admiralstab, sondern bei der Marinerverwaltung gelegen. ...

Abg. Gothein: Die Zeitung wagt es, die Marinefragen hat nach der geistigen Ausgabe nicht dem Admiralstab, sondern bei der Marinerverwaltung gelegen. ...

Abg. Gothein: Die Zeitung wagt es, die Marinefragen hat nach der geistigen Ausgabe nicht dem Admiralstab, sondern bei der Marinerverwaltung gelegen. ...

Abg. Gothein: Die Zeitung wagt es, die Marinefragen hat nach der geistigen Ausgabe nicht dem Admiralstab, sondern bei der Marinerverwaltung gelegen. ...

Abg. Gothein: Die Zeitung wagt es, die Marinefragen hat nach der geistigen Ausgabe nicht dem Admiralstab, sondern bei der Marinerverwaltung gelegen. ...

Abg. Gothein: Die Zeitung wagt es, die Marinefragen hat nach der geistigen Ausgabe nicht dem Admiralstab, sondern bei der Marinerverwaltung gelegen. ...

Abg. Gothein: Die Zeitung wagt es, die Marinefragen hat nach der geistigen Ausgabe nicht dem Admiralstab, sondern bei der Marinerverwaltung gelegen. ...

Abg. Gothein: Die Zeitung wagt es, die Marinefragen hat nach der geistigen Ausgabe nicht dem Admiralstab, sondern bei der Marinerverwaltung gelegen. ...

Abg. Gothein: Die Zeitung wagt es, die Marinefragen hat nach der geistigen Ausgabe nicht dem Admiralstab, sondern bei der Marinerverwaltung gelegen. ...

Abg. Gothein: Die Zeitung wagt es, die Marinefragen hat nach der geistigen Ausgabe nicht dem Admiralstab, sondern bei der Marinerverwaltung gelegen. ...

Abg. Gothein: Die Zeitung wagt es, die Marinefragen hat nach der geistigen Ausgabe nicht dem Admiralstab, sondern bei der Marinerverwaltung gelegen. ...

Abg. Gothein: Die Zeitung wagt es, die Marinefragen hat nach der geistigen Ausgabe nicht dem Admiralstab, sondern bei der Marinerverwaltung gelegen. ...

Abg. Gothein: Die Zeitung wagt es, die Marinefragen hat nach der geistigen Ausgabe nicht dem Admiralstab, sondern bei der Marinerverwaltung gelegen. ...

Abg. Gothein: Die Zeitung wagt es, die Marinefragen hat nach der geistigen Ausgabe nicht dem Admiralstab, sondern bei der Marinerverwaltung gelegen. ...

Abg. Gothein: Die Zeitung wagt es, die Marinefragen hat nach der geistigen Ausgabe nicht dem Admiralstab, sondern bei der Marinerverwaltung gelegen. ...

Abg. Gothein: Die Zeitung wagt es, die Marinefragen hat nach der geistigen Ausgabe nicht dem Admiralstab, sondern bei der Marinerverwaltung gelegen. ...

Mein Ruf nach der Diktatur.

Von Dr. Eduard Stadler.

Der bekannte Schriftsteller Dr. Stadler in Berlin, der für die Einigung um Schluß der deutschen Kultur (Section Halle) in den letzten Wochen in zahlreichen Städten Mitteldeutschlands gesprochen hat, äußert sich hier zu einem wichtigen Problem. Seine Überlegungen geben wir nachstehend wieder, ohne uns in einzelnen damit Identifizieren zu wollen. Die Rede:

Es war in dem ersten Januarhingen 1910. In Berlin machte Reichswehr die Regierung Scheidemann-Ebert den Rang freizugehen. Die Stadt selbst war in den Händen parlamentarischer Truppen. Draußen vor der Stadt, in Dahlem, sah Rosse, der neu ernannte Oberkommandierende in einer kleinen Stube und brütete darüber nach, wie und wann er es mit den wenigen ihm zu Gebote stehenden jungen Truppen wagen dürfe, Berlin zu säubern. In dieser Lage beugte ich ihn. Es kam mir darauf an, die Säuberung Berlins zu beschleunigen, vor allem aber diese Tat in den Mittelpunkt einer großzügigen inneren und äußeren Reformpolitik gestellt zu setzen und dafür Nüsse zu gewinnen. Ich legte ihm auseinander, daß er vom Vertrauen des Proletariats und des Bürgerrechts getragen sei (damals), daß er den Führer, der ihm vorausgehe, in des Wortes vollster Bedeutung vor der Geschichte zu rechtfertigen habe, daß er dieses Vertrauen durch den Willen zur Diktatur rechtfertigen müsse, daß er dieser Diktatur den politischen Inhalt einer nationalen Zusammenfassung um die Ideen und die praktischen Erfordernisse der sozialen Revolution geben, zu diesem Zweck von seiner Partei sich lösen und die nationale wie die soziale Solidarität des auseinanderfallenden Volkes gegen Parteizweifel, vor allem auch gegen seine eigene Partei durchsetzen müsse. Nüsse beugte ich meine Vorstellungen mit dem lakonischen Satz: „Das ist eine große Aufgabe, die Sie mir zu stellen, ich werde sehen.“ Damit verließ ich das rauchgeschwängete, unanfechtliche Gemach.

Ich schied diese Erinnerung meinen Ausführungen voraus, um den Lesern die Möglichkeit zu geben, sich zu distanzieren zu den Tagesereignissen, wenn sie die hier auch für die heutige Situation von mir gesorderte Diktatur in perspektivischer Beleuchtung ohne parteipolitische Vorurteile beurteilen wollten.

Scheidbar ist die politische Lage jetzt in der Weise gefärbt, daß wir der bolschewistischen Gefahr, d. h. der Gefahr der revolutionären Aufbruch der Klassenstruktur des Industrieproletariats kommunistischer Parteigeheißigkeit glücklich entronnen sind. So wenigstens urteilt die Führerschaft, urteilt das Publikum. Allem Anschein nach ist die Revolution aus dem Stadium vereinender und umfärbender Taten schon ins Stadium des schließlichen politischen Um- und Aufbaues getreten. Es geht wie man sagt, durchs deutsche Volk, wie ein Ueberdruß an Revolutionen, wie eine Sehnsucht nach dem Wiederanbau. Es kann jedenfalls nicht bestritten werden, daß wir hinsichtlich der äußeren Ordnung der Dinge des Staates und der Dinge der Wirtschaft wieder augenblicklich uns zu setzen können.

Und trotzdem, ja gerade deswegen, erhebe ich jetzt den Ruf nach der Diktatur. Unbekümmert um Aufsehung von rechts oder links, unbekümmert um die lächelnde Skepsis sogenannter Profiteure der führenden Mächte. Und weiß mich dabei einzig mit führenden Sozialisten aller Richtungen, mit Deutschnationalen jeder Kategorie, mit Vertretern des jetzigen Regierungssystems, mit Industriellen, mit Arbeitern, mit Bauern, mit Angehörigen und Soldaten, mit politischen Schriftstellern oder Schriftstellerinnen.

Im deutschen Volke ist der Lebenswille ein gemeinsamer Wille, die Notwendigkeit ein gemeinsames Erlebnis, die Angst vor der Zukunft ein gemeinsames Grundgefühl. Im deutschen Volke ist die Sehnsucht nach erlösenden politischen Veränderungen ebenso allgemein, wie die Sehnsucht nach harter geistiger Führung. Mit anderen Worten die psychologische Voraussetzung für eine Diktatur, die sich von alten Schemen löst und mit fähigem Handgriff, vorwärtsgerichtet, den Zeitproblemen zu einer glücklichen oder brauchbaren Lösung verhilft, ist allüberall gegeben.

Mißwirtschaft in Dresdener Artilleriewerkstätten.

Leipzig, 7. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) In jüngsten parlamentarischen Kreisen wird lebhaft über eine Mißwirtschaft in den Dresdener Artilleriewerkstätten, die dem Reichswehrministerium unterstellt, gelagt. Es soll dort ein kaufmännisches Gebahren Platz gegriffen haben, das jeder Besichtigung spottet. Es hat man für 5 1/2 Millionen Aufträge übernommen, die noch im Anfangsstadium der Ausführung stehen und für die schon jetzt über 2 Millionen an Löhnen ausbezahlt worden sind. ...

Verbindung Berlin-Halle. Berlin, 7. November. (Eigene Drahtnachricht.) Die wir führen, sind zur Erleichterung der Reisepreise zwei Personenzüge nach Halle eingestellt worden. Die Züge Berlin-Halle verlassen den Anhalter Bahnhof 5 Uhr 20 Min. früh und 12 Uhr 55 Min. mittags. Beide Züge haben Gegenzüge von Halle nach Berlin.

Eisenbahn und Schiffsahrt. Berlin, 7. Nov. Auf Veranlassung des Reichsverkehrsministeriums wird zur Sicherstellung des wünschenswerten Zusammenarbeitens zwischen Eisenbahn und Schiffsahrt die Einrichtung getroffen, daß sich bei den Eisenbahndirektionen künftig auch ein Vertreter der Schiffsahrt befindet, der auch örtlich in allen Einzelheiten die Verbindung zwischen Eisenbahn und Schiffsahrt, als den wichtigsten Verkehrsverbindungen, fördert. Diese Einrichtung wird außerdem für die Verkehrsreisenden den Vorteil bringen, daß sie sich bei Zurückführung ihrer Transporte sofort an einen Vertreter der Schiffsahrtabteilung wenden können, der ihnen bei Ueberleitung ihrer Sendungen auf dem Wasserwege mit Rat und Tat beistellt.

Wiener Veröffentlichungen. Wien, 7. Nov. Mit Bezug auf die im Berliner Untersuchungsamt erhobenen Friedensgedenkenungen im Dezember 1910 veröffentlicht die „Arbeiterzeitung“ eine Reihe von Mitteilungen, aus denen das damalige Verhalten Österreich-Ungarns hervorgeht.

Verbindung Berlin-Halle.

Berlin, 7. November. (Eigene Drahtnachricht.) Die wir führen, sind zur Erleichterung der Reisepreise zwei Personenzüge nach Halle eingestellt worden. Die Züge Berlin-Halle verlassen den Anhalter Bahnhof 5 Uhr 20 Min. früh und 12 Uhr 55 Min. mittags. Beide Züge haben Gegenzüge von Halle nach Berlin.

Eisenbahn und Schiffsahrt. Berlin, 7. Nov. Auf Veranlassung des Reichsverkehrsministeriums wird zur Sicherstellung des wünschenswerten Zusammenarbeitens zwischen Eisenbahn und Schiffsahrt die Einrichtung getroffen, daß sich bei den Eisenbahndirektionen künftig auch ein Vertreter der Schiffsahrt befindet, der auch örtlich in allen Einzelheiten die Verbindung zwischen Eisenbahn und Schiffsahrt, als den wichtigsten Verkehrsverbindungen, fördert. Diese Einrichtung wird außerdem für die Verkehrsreisenden den Vorteil bringen, daß sie sich bei Zurückführung ihrer Transporte sofort an einen Vertreter der Schiffsahrtabteilung wenden können, der ihnen bei Ueberleitung ihrer Sendungen auf dem Wasserwege mit Rat und Tat beistellt.

Wiener Veröffentlichungen. Wien, 7. Nov. Mit Bezug auf die im Berliner Untersuchungsamt erhobenen Friedensgedenkenungen im Dezember 1910 veröffentlicht die „Arbeiterzeitung“ eine Reihe von Mitteilungen, aus denen das damalige Verhalten Österreich-Ungarns hervorgeht.

Abg. Gothein: Die Zeitung wagt es, die Marinefragen hat nach der geistigen Ausgabe nicht dem Admiralstab, sondern bei der Marinerverwaltung gelegen. ...

Abg. Gothein: Die Zeitung wagt es, die Marinefragen hat nach der geistigen Ausgabe nicht dem Admiralstab, sondern bei der Marinerverwaltung gelegen. ...

Abg. Gothein: Die Zeitung wagt es, die Marinefragen hat nach der geistigen Ausgabe nicht dem Admiralstab, sondern bei der Marinerverwaltung gelegen. ...

Abg. Gothein: Die Zeitung wagt es, die Marinefragen hat nach der geistigen Ausgabe nicht dem Admiralstab, sondern bei der Marinerverwaltung gelegen. ...

Abg. Gothein: Die Zeitung wagt es, die Marinefragen hat nach der geistigen Ausgabe nicht dem Admiralstab, sondern bei der Marinerverwaltung gelegen. ...

Abg. Gothein: Die Zeitung wagt es, die Marinefragen hat nach der geistigen Ausgabe nicht dem Admiralstab, sondern bei der Marinerverwaltung gelegen. ...

Abg. Gothein: Die Zeitung wagt es, die Marinefragen hat nach der geistigen Ausgabe nicht dem Admiralstab, sondern bei der Marinerverwaltung gelegen. ...

Abg. Gothein: Die Zeitung wagt es, die Marinefragen hat nach der geistigen Ausgabe nicht dem Admiralstab, sondern bei der Marinerverwaltung gelegen. ...

Abg. Gothein: Die Zeitung wagt es, die Marinefragen hat nach der geistigen Ausgabe nicht dem Admiralstab, sondern bei der Marinerverwaltung gelegen. ...

Abg. Gothein: Die Zeitung wagt es, die Marinefragen hat nach der geistigen Ausgabe nicht dem Admiralstab, sondern bei der Marinerverwaltung gelegen. ...

Abg. Gothein: Die Zeitung wagt es, die Marinefragen hat nach der geistigen Ausgabe nicht dem Admiralstab, sondern bei der Marinerverwaltung gelegen. ...

Abg. Gothein: Die Zeitung wagt es, die Marinefragen hat nach der geistigen Ausgabe nicht dem Admiralstab, sondern bei der Marinerverwaltung gelegen. ...

Abg. Gothein: Die Zeitung wagt es, die Marinefragen hat nach der geistigen Ausgabe nicht dem Admiralstab, sondern bei der Marinerverwaltung gelegen. ...

Abg. Gothein: Die Zeitung wagt es, die Marinefragen hat nach der geistigen Ausgabe nicht dem Admiralstab, sondern bei der Marinerverwaltung gelegen. ...

Ich wage die Behauptung nicht ins Blaue hinein. Als theoretische Konstruktion. Als Verleg eines über- schwänglichen Gefühls. Als Ausdruck eines spontanen Willens. Wir erleben diese Behauptung aus tagelängem Erleben. In hunderten von Versammlungen, in denen ich seit Monaten im ganzen Deutschen Reich, in Kammern aller Parteien, Vorkongressen aller Klassen, als Redner tätig war, konnte ich diesen über- den Parteien hinausgehenden, ihn innerlich über- windenden Gemeinheitswillen des deutschen Volkes erleben. In hunderten von Unterredungen mit maß- geblichen Persönlichkeiten der Regierung, des Heeres, der Presse, der Parteioptionen, der Berufsver- bände, der geistigen Gruppen mußte ich die Bezeugung machen, daß durch all das vorwärts gerichtete Wollen des Volkes nie geteilt, auch nicht in der Kritik an der Vergangenheit die Wege sich offnen würden.

Warum wird diese Linie nicht für die Allgemeinheit formuliert, in einer von der Allgemeinheit anerkannten führen- den Persönlichkeit selbsteigenen und zu einem für die Allgemeinheit glücklichen Ziele geführt?

Einfach weil an leitender Stelle niemand den Mut hat, weder in der Regierung noch im Parlament, sich zu heroischen Willensentscheidungen dieses die Partei- und Klasseninteressen überwindenden Seins der Allgemeinheit zu erklären; weil niemand die Entschlossenheit aufbringt, den Volkswillen zur Einheit, in der eigenen fahbaren Einheit, in der eigenen lebendigen Persönlichkeit mit dem unbedingten Willen und mit dem lebendigsten Programm zu realisieren; weil das in einer Zeit der Not Verge vorliegende Wort: das ganze Volk über der Partei zwar hier und da an verantwortlicher Stelle nachgeplappert wird, aber nirgend freiwilliger Inzucht der Staatskunst ist. Was nicht aus Redewort gegenüber dem Ausland als Richtschnur und Ziel auswärtiger Politik, wenn in der inneren Politik die Staatsmänner sich von den Kriegs- vorstellungen der Partei- und Klassenkämpfe nicht frei machen können? Oder kann etwa gelehrt werden, daß unsere Staatsmänner, weil sie Parteileute sind und bewußt als Parteileute handeln, den Willen zur Zusammenfassung des ganzen Volkes auf der im Volksebewußtsein lebendig gewordenen Einheitslinie nicht aufbringen können?

Die drei Partei-Deutschlands, der Rechten, der Mitte und der Linken, hinter denen die drei Klassen- Deutschlands, das Bürgertum und das Proletariat, unter dem Antrieb parteimäßig demagogischer Massen- künste zum Bürgerkrieg treiben, können nur in einer über die Parteien- und Klassenkämpfe sich erhebenden Diktatur zusammengehalten und in das un- endlich schwere Joch des mühseligen Wiederaufbaues eingepaßt werden. Sonst gehen wir langsam, aber eben sicher dem Zerfall, der vollkommenen Erschöpfung und der Auflösung entgegen.

Dieser Erschöpfungssproch führt dann gerade wegen unserer Partei- und Klassenmäßigen Volks- und Regie- rungspolitik unweigerlich in den Kampf aller gegen alle mit den blutigsten Mitteln der Gewalt, in den obersten und furchtbarsten Bürgerkrieg. Des russischen Volkes traugeres Schicksal sollte uns eine Lehre sein, darin, daß die Milder der Kriegsauslösungzeit und die Milder der den Krieg begleitenden und abschließenden sozialen Revolution weder durch die noch zu löhne Energie einer national sich gebenden Parteidemokratie (Kerenski) noch durch die noch so national imperialistisch eingeleitete Partei- Sozialdemokratie (Lenin) behoben werden können. Nur geniale, übermenschliche, am Arquetyp menschlicher Leistungsfähigkeit, am Heroismus der Selbstopferung gerichtete staatsmännliche Willenskraft kann die Dämo- nen bändigen, welche der Weltkrieg entfesselt hat.

Der Diktator aus dem Volk für das Volk! das ist die größte politische Forderung des Tages. Wenn die Nationalverklammung und die nicht parteimäßigen Volksverbände dieser Forderung sich nicht verschließen, wenn sie mit unermüdlichem Eifer für ihre Aufgabe betreiben, um dieser Diktatur den Weg zu bereiten, dann haben sie mehr für das deutsche Volk getan, als mit der Erledigung noch so vieler Gesetze, die auf dem Papier stehen bleiben, weil der lebendige Odem einer lebendigen Persönlich- keit nicht von ihnen austritt. Ist das deutsche Volk noch ein junges Leben, dann wird diese Persönlich- keit, in schweren Geburtsstunden gewiß, aber mit der Selbst- verständlichkeit eines Naturgeschehens geboren werden. Zum Heile des deutschen Volkes und der Welt!

Massenflucht aus der Demokratie.

Aus dem Parteibüro der deutsch-demokratischen Partei wird uns geschrieben: Dem Vorkande des hiesigen deutsch-nationalen Vereins fällt weder einmütig nicht Geschickeres ein, als seinen ganzen Kampfschwerer in blinder, unangeführten Ausgerechnet gegen die deutsch-demokratische Partei und noch gegen diese zu erschöpfen. Das stimmt zwar nicht ganz, aber mit der „Gemeinschaft bürgerlicher Interessen“, die unsere Nationalisten sonst mit aller Treuezeitigkeit so gern und aufdringlich betonen; aber was macht das aus! Die Wahlen sind noch weit, und dann kann man ja die bösen Demokraten doch wieder des „Verrats am Bürgertum“ beschuldigen, wenn sie als anständige Leute die Gemeinhalt ab- sehen mit Lenen, die sie monatlang mit Schmutz besorzen haben. Es muß traurig um die Verberater nationalitäre „Deem“ bestellt sein, wenn der Vorstand der deutsch-nationalen Partei, um den verhassten Demokraten eins aus- zusprechen, zu allen möglichen Ausflüchten gezwungen muß. Wie gewöhnlich wenden sich die Herrn Nationalisten mit ihren süssen Worten, die jetzt „Niederlagen der Demokratie“ oder eine „Massenflucht aus der Demokratie“ beweisen sollen, an die Urteilslosen und Toren. Jedes poli- tische sind wieder einmütig selbst erkennen, daß diese Willen-

Platzhalter, mit der die Nationalisten die Bürgerkraft halbes seit Wochen begähnen, nichts weiter als eine plumpe Forderung und Entstellung ist.

Bei all dem Wachen, die die Nationalisten erwachen, sowohl im kürzesten Lückchen als in Weimar und in H.-H. handelt es sich nämlich nicht etwa um Kadaver, deren Ergebnis man mit dem früheren raschigen könnte, noch überhaupt um Wachen, bei denen die gleiche Bevölkerungszahl teilgenommen hat, als bei den Januarwahlen, son- dern um Wachen, bei denen die Größe zu Gunsten des linken Endes, auf dem die rechtsstehenden Parteien ihre letzten Domänen haben, genommen und ausgetrieben waren. So haben z. B. in Sachsen-Weimar alle Ortschaften nicht mitgewählt, die mehr als 5000 Einwohner haben. Daß dadurch ein ganz anderes Wahlergebnis herauskommen mußte, wie bei den politischen Wahlen im Januar, ist ganz selbstverständlich; zumal sich die deutsch-demokratische Partei genau wie bei diesen preussischen Kreiswahlen dort, wo sie ihre länder- lichen Organisationen noch nicht ausgebaut hat, an diesen Wahlen überhaupt nicht aktiv beteiligt hat. Demgegenüber hatten die Nationalisten in den Großgrundbesitzerkreisen, die von Alters her die Kreise beherrschen, ihre zahlreichen An- hänger gerade auf dem linken Ende der Reichsliste aufzu- bringen, doch diese Parteien, die im Parteiprogramm viel weniger politisch als von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus betrieben werden. In Weimar z. B. wurde der Wahl- kampfschritt hauptsächlich zwischen dem Agrarier Landbunde, einer angeblich „nationalen“ Organisation der gesamten Landbevölkerung und dem deutschen Bauernbunde ausge- tragen. Der Thüringer Landbund hat, da er sich als unpolitische bäuerliche Organisation ausgab, zahlreiche demokratische Stimmen bekommen, und nun auf einmal geben die Deutsch- Nationalisten alle Vertreter des Landbundes als ihre Abgeordneten in ihrer Reichsliste an.

Gerade ähnlich ist es in Bayern und im Fürstentum Coburg, einem ebenfalls rein ländlichen Gebiet, der nicht etwa mit dem Reichsteil überperschickt werden darf. Wir überlassen den Deutsch-Nationalisten gern das ständliche Vergnügen, sich mit demotischen „Erfolgen“ zu brüsten. In großen Worten hat es ihnen ja schon vor den Januarwahlen nie gefehlt. Auch damals wurde in einem Hauptabstimmungsbericht besungen, die Wahlen würden ergeben, daß die Deutsch-Nationalisten in Halle viel stärker wären als die Demokraten. Das Ergebnis der Wahl lehrte dann die ganze „Vollständigkeit“ dieser Nationalisten.

Die Statistik, mit der die Deutsch-Nationalisten jetzt paraden, ist nach oben nicht anders als ein schändliches Lüge, die in ihrer Unrichtigkeit selbsteingestanden werden muß. Es ist die gleiche Unrichtigkeit, die in einem der letzten Plakate in der Behauptung zum Ausdruck kam, die Demo- kraten hätten den Frieden unterzeichnet, obwohl die deut- schen Nationalen Herren und zwar selbst die in Halle, trotz aller sonstiger Unkenntnis auf politischem Gebiet doch wenigstens wissen müßten, daß die deutschen Demokraten diesen presse- rührten Frieden genau so ablehnt haben, wie sie es ist.

Den Nationalisten in Halle ist eben offenbar jedes Mittel, auch das unanständige, recht. Und wenn sie in ulich an den Anhängern von der legitimierten Verleumdung des Reiches zu gehen lassen, der Herr ist ihrer Kampfesführung, daß bei gewissen Kreisen die Verleumdung schon einen bedeutlich hohen Grad erreicht hat.

Das Scheitern des Generalstreiks.

Berlin, 7. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) In Kreisen der Regierung wird die Festsetzung des Ausstages eines Generalstreiks in Berlin als ein missglückendes Ge- schick der gemäßigten Katholiken angesehen. Man röhnt zwar mit der höheren Teilweise, die aber bald ver- pissen werden.

Die deutschen Verhandlungen mit den allierten Sachmissionen.

Berlin, 7. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Von gutinfor- mierten Kreisen wird, daß die Verhandlungen zwischen den deutschen und allierten Sachmissionen in Versailles im allgemeinen einen sehr günstigen Verlauf nehmen, aber die Annahme, daß bei der Fortgang der Einzel- besprechungen von dem neuen Vorschlag der Entente gegen Deutschland nicht beizutreten wird.

Wie wir weiter hören, ist man in den maßgebenden Berliner Kreisen der Ansicht, daß zu den Arbeiten zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiet in Frankreich für die erste Zeit etwa 300 000 bis 400 000 deutsche Arbeiter be- nötigt werden.

Die Schuld am Kriege.

Offener Brief Barnas an Clemenceau. Hoff von Barnas, der b'sannte Theologe der Berliner Anstalt, veröffentlicht in der „Deutschen Allge- meinen Zeitung“ einen offenen Brief an Clemenceau in der Angelegenheit des Manichers der gegenwärtigen deutschen Antikommunisten. Hoff von Barnas kritisiert an Clemenceau's Forderung, daß der Schuld am Krieg sei. Es ist nicht wahr, daß wir diesen Krieg ver- schuldet haben, weder das deutsche Volk hat ihn gewollt, noch die deutsche Regierung nach der Kaiser", als den schuldigen bezeichnet. Auf diesen Sach, meint Barnas, läßt man in der Tat alles an. Alles übrige erklärte sich ledig- lich aus dem wirtschaftlichen und psychologischen Moment, in dem das Manich verfaßt wurde. Was aber die Schuld am Kriege angeht, so hätte die Deutschen alles getan, um die Erkenntnis der Wahrheit zu ermöglichen. „Wir haben unsere Arde geoffnet, wir haben eine Staatskommission eingesetzt, wir haben Schritte mit der Untersuchung be- zogen, die mit Mithraun unserer früheren Regierung gegen- überließen.“

Wehr hat sich mit deutlicher Klarheit ergeben, daß die russische Regierung die Schuld am Ausbruch des Krieges trägt und das eine, daß weder der deutsche Kaiser noch die deutsche Regierung noch das deutsche Volk provoziert haben. Wenn Sie, Herr Minister, das bestreiten, warum widerlegen Sie diese Erkenntnis nicht? Warum öffnen Sie die fran- zösischen Archive nicht? Warum hat der Verrat die Herausforderung Delbrück zu einer historisch-wissenschaftlichen Diskussion über die Schuldfrage abgelehnt? Und noch eine Frage: Hat die französische Regierung wirk- lich sämtliche Entschuldigungen bestritten, die sie in den letzten Jahren ihrem Volksteil in Petersburg gegeben hat? Barnas schließt: Solange diese Fragen nicht beantwortet sind, sind Ihre Äußerungen über den Ursprung des Krieges und die Schuld an ihm nur wertlose Worte.

massen. Wir aber werden nicht aufhören, diese Frage zu stellen. In unsere Gegen- und endlich entschließen, ihre Karten aufzuspielen und sie einer unparteiischen Unter- suchung zu übergeben.“

Die neue Vermittlungsaktion im Berliner Metall- arbeiterstreik.

Wie verschiedene Blätter melden, hat der Reichsarbeits- minister die Metallarbeiter und Arbeitgeber zu einer neuen Besprechung eingeladen. Laut „Vorwärts“ dürfte es sich heute entscheiden, ob die Organisation der Unternehmer wie die der Streikenden dieser Einladung Folge leisten. Die heute stattfindende Generalversammlung der Metallarbeiter werde wohl zu dieser Vermittlungsaktion Stellung nehmen. Sollte werden auch die Arbeiter der Betriebswerk- stätten der Großen Berliner Straßenbahn ihre Zusage- keit wieder aufnehmen.

Gegen jede Ueberrückung geschickt.

Berlin, 7. Nov. Die „D. Allg. Anz.“ schreibt: Die besonnene Besichtigung kann sicher sein, daß eine wie- liche Gefahr, die uns eine Wiederholung der Wirt- schaftlichen Kräfte, heute angefallen ist. Gegen Ueberrückungen, wie sie von den bekannten kata- strophalen Elementen geplant werden, sind wir geschickt.

Innerpolitische Folgen der Erpressungsnote.

Berlin, 7. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Wie wir hören, plant man in parlamentarischen Kreisen an sehr ernste innerpolitische Folgen der neuen General- streiks der Entente gegen Deutschland. Es ist nicht ganz ausgeschlossen, daß eine Reaktion zu erste eintreten könnte. Die Arbeiter erfahren mit von Berliner unterrichteter Seite, daß die neue Note der Entente über die Wiederherstellung des Reichslandes in den nächsten Tagen durch eine deutsche Note beantwortet werden soll. Der Inhalt der deut- schen Antwort wird nach vorläufiger der Woche erst- liche werden. — Die Regierung hat bei der Erörterung der in der Erpressungsnote enthaltenen Unterzeichnung eines Pro- tocols in Erwägung gezogen, die Nationalisten ein- mütig zu der Entscheidung über die Angelegenheit heranzuziehen. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß die Nationalversammlung frühestens am 20. November wieder zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen- treten muß. Das Reichsteil wünscht noch in den nächsten Tagen Fassung mit den Parteiführern zu nehmen.

Deutsches Reich.

Eine Revision des Friedensvertrages

Berlin, 6. Nov. Von hochunterrichteter französischer Seite erklärt der Zürcher Berichterstatter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, daß die Liga für Menschlichkeit ein großzügiges Unternehmen für die Durchführung des Friedensvertrages beschließen. Sie wird in allen umfassen- den Gebieten Unternehmungen aufstellen, um die Verhältnisse zu prüfen. Der Bericht soll dann der Friedenskomis- sion, aber, wenn diese ausbleibt, dem Rat des Völkerbundes eingeschickt werden, um eine Revision des Friedensvertrages vorzubereiten und neue Kon- stante zu vermeiden.

Vernehmung des Grafen v. d. Goltz.

Berlin, 7. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Die Entente- kommission für die belgischen Angelegenheiten wird in der nächsten Woche in Berlin ihre „Nachforschungen“ einleiten. In Vertretung des Auswärtigen Amtes wird Freiherr von Muthsien von der Kommission Bericht erstatten. Es scheint sich zu belgischen, daß die Kommission den Grafen von d. Goltz vernehmen wird. Es verläutet, daß die Entente die deutsche Regierung aufzufordern wird, eine strenge Unter- suchung gegen den Grafen von der Goltz einzuleiten.

Die revolutionären Umtriebe in Berlin und Spandau.

Berlin, 6. Nov. In gestern abend vor den Berliner Arbeitervereinen verteilten Handzettel, in denen die revolutionären Arbeiter aufgefordert, sich am 7. und 8. Nov. vor- an den Demonstrationen anzuschließen. Die Berliner Arbeitervereine sollen sich in Spandau forderten gleiche Handzettel die Arbeiter und Arbeiterinnen zur Wie- derherstellung der Spandauer Staats- betriebe auf, die im November 1918 von den revolutionären Arbeitern bereits einmal in „Selbstverwaltung“ ge- nommen waren.

Frankreichs Absichten in Wiesbaden.

Leut „Vol.-Anz.“ ist in Wiesbaden ein französisches Kommando mit dem Vorhlag heranzusetzen, den ganzen Kurtrüb für zwei Millionen Mark zu raschen. Die Stadtverordnetenversammlung wies diesen Plan zurück.

Die Lage in Hamburg.

Hamburg, 6. Nov. Der mehrheitsfähige demokratische Parteivorstand von Hamburg, Altona, Wandsb., hat heute die Arbeiterschaft mit Aufruf auf, am 7. November in den Betrieben zu bleiben und sich an keinem Demonstrationen teilzunehmen. Dafür aber an den „Er- innerungsfeierlichkeiten“ am 9. November teilzunehmen.

Ausland.

Die Kriegsverluste der Allierten.

Gesamt, 4. Nov. Abgeordneter Louis Morin hat im Auftrag der Budgetkommission der Kammer einen Bericht ausgearbeitet über die Unterführung, die den Familien der gefallenen Soldaten bewilligt werden soll. In diesem Bericht macht Morin Angaben über den Verlust der allierten Länder. Hieran haben verloren: Frankreich 1 393 513 Mann, Belgien 44 000, Amerika 114 000, England

Wir bitten Sie um Ihre wertvolle Unterstützung. Ihre wertvollsten Interessen sind durch Ihren Buchhändler zu veranlassen. **Frank Wiedehind** Gesammelte Werke in 6 Bänden. Gebunden M. 20. 1918. Buchhändler-Ausgabe. Georg Müller Verlag München.